

KOMMENTAR



Versäumt

Daniela Elsässer
zur Fusion

delsaesser@vrm.de

Vor ziemlich genau sechs Jahren, am 6. Oktober 2010, trat das Erste Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Kraft. Seither steht fest, welche Gemeinden aufgrund einer zu geringen Größe und Bevölkerungszahl eine Fusionsverpflichtung haben. Das Ringen um die Fusion der beiden Städte Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg (BME) und die damit verbundene schwierige Aufteilung der Restgemeinden der VG BME hat gezeigt, wie langatmig und kräftezehrend so eine Fusion ist. Deshalb wäre Anke Denker gut beraten gewesen, sich rechtzeitig mit dem Thema auseinanderzusetzen und aktiv nach Lösungen zu suchen – gemeinsam mit den Ortsbürgermeistern und den Fraktionen im Verbandsgemeinderat. Jetzt angesichts der drohenden Ablehnung eines Zusammenschlusses durch den Langenlonsheimer VG-Rat sich in der Öffentlichkeit als Retterin ihrer VG zu präsentieren und dabei den Verwaltungschef aus Langenlonsheim Michael Cyfka wie den Buhmann dastehen zu lassen, der den Strombergern kein neues Zuhause geben will, ist nicht die feine englische Art. Das soll nur über die eigenen Versäumnisse hinwegtäuschen, das Problem nicht rechtzeitig selbst in die Hand genommen zu haben. Zumal die Zahlen eine deutliche Sprache sprechen. Wer will schon freiwillig den Schuldenberg der Nachbarin übernehmen? Da ist es nur verständlich, dass die VG-Verwaltung in Langenlonsheim mit dem Kopf schüttelt. Eine Wahl haben Michael Cyfka und seine Verbandsgemeinde auf lange Sicht aber wohl trotzdem nicht, wenn das Landesgesetz weiter eine Fusion über Kreisgrenzen ausschließt. Dann bleiben sie der einzige mögliche Partner für die Stromberger. Das weiß auch der Langenlonsheimer VG-Rat. Doch mit der geplanten Ablehnung stärken sie ihre Position gegenüber dem Innenministerium – und treiben den Preis für die Braut in die Höhe. Ist die nicht attraktiv, muss eben einfach mehr Geld fließen. Dann steht auch einer Hochzeit nichts mehr im Wege.

AUF EINEN BLICK

BSV trifft sich

KREIS BAD KREUZNACH/IDAR-OBERSTEIN (bev). Der Blinden- und Sehbehindertenverein (BSV) Nahe-Hunsrück, der alle blinden und stark sehbehinderten Menschen der Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld, Rhein-Hunsrück und deren Umgebung vertritt, trifft sich am Samstag, 22. Oktober, um 14 Uhr im Idar-Obersteiner Restaurant „Badischer Hof“ (Hauptstraße 377) zur Herbstversammlung. Als Selbsthilfeorganisation kümmert sich der BSV um blinde und sehbehinderte Menschen sowie deren Angehörigen in behinderungsspezifischen Angelegenheiten. Carmen Lantzsch, staatlich geprüfte Podologin, referiert auf der Ver-

sammlung über „Das diabetische Fußsyndrom bei Blindheit und Sehbehinderung“. In der Versammlung werden außerdem zukünftige Veranstaltungen festgelegt und blinden- sowie sehbehindertenspezifische Fragen erörtert. Auch Nicht-Mitglieder sind zur Herbstversammlung herzlich eingeladen. Ansprechpartner für Beratung und Information (auch Hausbesuche sind möglich), ist Vorsitzender Engelbert Jost, Lembergblick 3 in 67826 Hallgarten, Telefon 06362-769, E-Mail BSV.Nahe-Hunsruock@freenet.de. Nähere Auskünfte sind auch im Internet zu finden unter der Adresse www.bsv-nahe-hunsruock.de.

MOMENT MAL

Auf den Tannenspitzen

Von drauß' vom Walde komme ich her; ich muss Euch sagen, es weihnachtet sehr! Allüberall auf den Tannspitzen sah ich goldene Lichtlein blitzen... Nein, Moment. Keine Tannenspitzen und keine Lichtlein. Und bis Weihnachten ist es ja auch noch eine Weile. Geblitzt wird derweil trotzdem fleißig auf den zahlreichen Veranstaltungen im Landkreis. Und es sind nicht die Lichtlein, die sich auf die Tannenspitzen setzen, sondern die immergleichen politischen Mandatsträger, die sich schön in der Mitte der Pressefotos platzieren. Ein ganz besonderes Talent haben hier einige christdemokratische Damen. Sorgfältig gestylt und fröhlich lächelnd blicken sie dem Leser nahezu täglich entgegen. Sicher, nächstes Jahr stehen ja auch einige Wahlen an. Trotzdem, manchmal gebührt die Ehre eben auch anderen. Was Knecht Ruprecht wohl dazu sagen würde? Sind's gute Kind, sind's böse Kind?



Die Mitarbeiter dieser beiden Rathäuser in Stromberg (links) und Langenlonsheim unter einem Dach unterbringen? Dafür wäre wahrscheinlich ein Neubau notwendig.

Fotos: Jens Fink



Jetzt ist Stromberg am Zug

FUSION VG Langenlonsheim lehnt Zusammenschluss in Gänze mit den Nachbarn ab, ist aber offen für Alternativvorschläge

Von Daniela Elsässer

VG STROMBERG/VG LANGENLONSHEIM. Weniger als 10000 Menschen leben in der Verbandsgemeinde Stromberg. Geht es nach dem Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform, muss die VG fusionieren. Das weiß auch Bürgermeisterin Anke Denker (SPD). Im Interview mit der Allgemeinen Zeitung (AZ vom 15. Oktober) äußerte sie sich zu der von ihr favorisierten Lösung: einer Fusion mit der VG Langenlonsheim. Die stößt indes in der Langenlonsheimer Verwaltung auf wenig Gegenliebe. Dies wird auch in der Beschlussvorlage des VG-Rates für die Sitzung in der kommenden Woche deutlich.

Darin heißt es: Der VG-Rat beschließt, „dass im Sinne des Gemeinwohls der Verbandsgemeinde Langenlonsheim und aufgrund der unterschiedlichen finanziellen Ausgangssituation der beiden Verbandsgemeinden die Verbandsgemeinde Langenlonsheim ihre Eigenständigkeit nicht aufgeben kann und daher eine Eingliederung der Verbandsgemeinde Stromberg in die Verbandsgemeinde Langenlonsheim abgelehnt wird.“ Diese Beschlussvorlage hat VG-Bürgermeister Michael Cyfka (CDU) gemeinsam mit seinem Ältestenrat – dem neben Cyfka die Beigeordneten und die Fraktionsvorsitz-

enden angehören – erarbeitet. Der Bürgermeister verdeutlicht allerdings ganz klar: „Das ist keine Herabwürdigung oder Ablehnung der Menschen, die in der VG Stromberg leben. Aber ich bin gewöhnt, um die Interessen meiner VG so gut wie möglich zu vertreten; und das erwarten die Bürger auch von mir.“

Stromberg ist verschuldet, Langenlonsheim hat gespart

Notwendig geworden war die Auseinandersetzung mit einer möglichen Fusion aufgrund eines sogenannten passiven Veränderungsbedarfs für die VG Langenlonsheim. Das bedeutet: Sie hat zwar selbst genug Ein-

wohner, um weiter selbstständig bestehen zu können, kommt aber innerhalb der Kreisgrenzen als einzige Verwaltungseinheit für eine Fusion mit der Nachbar-VG in Betracht.

Und ein Blick auf die Zahlen der beiden VGs spricht eine deutliche Sprache: Während die VG Stromberg mit über sieben Millionen Euro verschuldet ist, verfügt die VG Langenlonsheim über eine Rücklage von 3,8 Millionen Euro. Auch ein durch die Fusion entstehender deutlicher Personalüberhang, fehlende Pensionsrückstellungen der VG Stromberg oder ein fehlendes Verwaltungsgebäude, das alle Mitarbeiter fasst, führt die Langenlonsheimer Verwaltung als

Argumente gegen einen Zusammenschluss ins Feld.

Seine Haltung hat Michael Cyfka seiner Stromberger Amtskollegin bereits in Gesprächen verdeutlicht, wollte aber zunächst den Beschluss des VG-Rates abwarten, bevor er damit an die Öffentlichkeit geht. Auch dem Christdemokraten ist die rechtliche Lage, die das Innenministerium im September dargelegt hat, durchaus bewusst. Dennoch setzt er sich, gemeinsam mit seiner VG, gegen eine Fusion unter den gegebenen finanziellen Voraussetzungen zu Wehr. „Außerdem muss Frau Denker selbst erst einmal einen Beschluss ihres Rates herbeiführen“, betont Michael Cyfka. Schließlich

seien die Wünsche der einzelnen Ortsgemeinden noch gar nicht abgefragt worden.

Er bemängelt, dass die VG Stromberg zwar seit sechs Jahren um ihren Fusionsbedarf wisse, aber bisher nichts unternommen habe, um dem auch nachzukommen. „Das Land und die VG Stromberg müssen sich nun überlegen, wie sie uns eine Fusion schmackhaft machen können. Denn unsere Grundhaltung ist ganz klar: Für eine Fusion gibt es von unserer Seite keine Notwendigkeit.“ Bisher habe das Land nicht einmal finanzielle Ausgleichszahlungen angeboten. Dabei wäre ein Zusammenschluss mit der gesamten Nachbar-Verbandsgemeinde aus Sicht von Michael Cyfka „ein bitterer und massiver Eingriff“, der seine VG massiv zurückwerfen würde. Schließlich habe sich die VG in den vergangenen Jahrzehnten dank guter Einnahmen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer positiv entwickelt. Vorstellbar sei beispielsweise die Aufnahme einiger Gemeinden, was allerdings eine Aufteilung der VG Stromberg voraussetzen würde. Dies könne die VG Langenlonsheim auch finanziell schultern und dabei auch die Umlage stabil halten. Denn auch das betont Cyfka: „Wir wollen uns vernünftigen Lösungen nicht verweigern.“

► KOMMENTAR

ZU WORT GEMELDET

► Nicht nur der Langenlonsheimer VG-Bürgermeister äußert sich zum Interview von Anke Denker (SPD), Bürgermeisterin der VG Stromberg:

► „Die CDU in der VG wird sich weiterhin mit voller Kraft für die Eigenständigkeit der VG Stromberg einsetzen“, betont Jens Heinrichs, CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender. Die Behauptung von Frau Denker, seitens der Kreis-CDU seien andere Varianten diskutiert worden, sei frei erfunden, versichert Heinrichs und sagt: „Ich fordere

Frau Denker auf, sachliche, gemeinsame Gespräche mit der CDU zu führen.“ Verständnis für ihre Äußerungen gegenüber der Presse hat er nicht und fragt sich: „Warum macht Frau Denker nicht ihren Job, will sie bei einer Fusion frühzeitig in den Ruhestand bei vollen Bezügen?“

► Eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit hätte sich auch Peter Schmitt, Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes Langenlonsheim gewünscht – mit den Sozialdemokraten im Rat seiner Verbandsgemeinde. Deshalb macht er

seinem Ärger über eine Pressemitteilung Luft, die Hartmut Kuntze, Vorsitzender der Windesheimer SPD, an die lokalen Medien verteilt hatte. „Letztendlich wird es auf eine Fusion der beiden Verbandsgemeinden hinauslaufen“, hatte Kuntze darin betont und die vom Langenlonsheimer VG-Bürgermeister Michael Cyfka (CDU) ausgesprochene Ablehnung einer Fusion als vorschnelle Entscheidung bezeichnet. Eine Fusion mit Stromberg strikt abzulehnen sei nicht förderlich für beide Verbandsgemeinden und ihre Bevölkerung.

Aparte Damen in historischer Nachtwäsche

MUSEUMSTAG Maria Wilbert präsentiert mit ihren Models auch Waschschüsseln mit Krug, Wärmflaschen und Nachttöpfe



Die Modenschau mit historischer Nachtwäsche vor dem Stromberger Heimatmuseum lässt Geschichte lebendig werden. Foto: Wolfgang Bartels

STROMBERG (wb). Auf dem Platz vor dem Heimatmuseum ertönt Richard Wagners „Walküren-Ritt“. Doch keine Walküren treten auf den roten Teppich, sondern aparte Damen in Nachtwäsche – allerdings in solcher, die vor 150 Jahren topaktuell war. Die Vorführung der intimen historischen Kleidung anlässlich des „Museumstages“ ist eine Idee von Maria Wilbert (88), der Seele des Heimatmuseums, die sich noch lange nicht alt genug fühlt, selbst eines der Nachtwächterinnen von früher anzulegen. „Wir haben so viele schöne alte Kleidung aus vergangenen Tagen“, erzählt sie. „Da habe ich gedacht, es wird doch mal Zeit für eine Modenschau mit Leinen, Nessel und Biber.“

Nicht nur das: Das Museum besitzt auch jede Menge der damals üblichen Waschschüsseln mit Krug, Wärmflaschen und Nachttöpfe: „Alles wird von den Models vorgeführt“, verspricht

Maria Wilbert und erntet die ersten Lacher im Publikum. Es bleibt allerdings beim symbolischen Zeigen, wie es funktioniert haben könnte. Highlight und am meisten beklatscht ist das Modell „Luftschieferhose – unten offen“.

Für Kaffee und Kuchen sorgt der Turn- und Sportverein Stromberg. Beschützt werden die leicht gekleideten Models von der Stromberger Rittergilde, die mit der ganzen Pracht ihrer Uniformen aufmarschiert. Maria Wilbert bekennt: „Ich bin sehr aufgeregt. Aber jetzt bin ich froh, dass die Sonne scheint.“ Pünktlich zum Beginn der historischen Modenschau hat sich aller Nebel verzogen. Der Vorführung der Nachtwäsche folgt eine Präsentation der gehobenen Abendgarderobe vor 150 Jahren – ein Kleid schöner als das andere. So wird Geschichte lebendig. Maria Wilbert ist glücklich über diesen gelungenen Sonntagvormittag.